

BONNER BÜHNE

Nordlichter und Kopfgeld

Franz Josef Strauß hat Nachhilfe-Unterricht in Geschichte erhalten — von jenen „Nordlichtern“ am CDU-Himmel, die er in der Wahlnacht am liebsten ausgelöscht hätte.

In Bonn hatte Hans-Jochen Vogel als erster darauf aufmerksam gemacht, daß der vom CSU-Chef benutzte Begriff einst eine sehr vorteilhafte Bedeutung besessen habe. Denn als „Nordlichter“, so der Bundesjustizminister und SPD-Vorsitzende in Bayern, habe man jene Gelehrten und Künstler bezeichnet, die von bayerischen Königen aus dem Norden nach München geholt worden seien.

In Hannover hat die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht diese Verteidigungsstellung ausgebaut. Danach sind zum Beispiel die Historiker von Ranke und Sybel, der Chemiker Justus von Liebig, der Volkskundler W. H. Riehl und viele andere von König Maximilian II. im Interesse des wissenschaftlichen Fortschritts an die Münchner Universität berufen worden. Schon Maximilians Vater und Großvater hätten „Nordlichter“ in großer Zahl über Bayern leuchten lassen.

Freilich belegt die Geschichte auch, daß die Einfuhr von „Know-how“ aus dem Norden von den einheimischen Gelehrten und Künstlern oft sehr ungnädig aufgenommen worden ist. Es hat offenen Widerstand und sogar ein Attentat gegeben.

Der überlieferte bayerische Unwille trägt umgekehrt zu den Triumphgefühlen in Hannover und Kiel unverkennbar bei. Der Natur und Lokalität der Himmelserscheinung angemessen, schließt die niedersächsische Staatskanzlei ihren historischen Ordnungsruf mit dem Satz: „Nordlichter kämpfen in Bayern schon immer für den Fortschritt.“

Hermann Höcherl, der „Politiker mit Herz“, hat sich mit einer bisher einmaligen Geste vom Bundestag verabschiedet. In der vergangenen Woche bewirtete er die 30 Saaldiner des Parlaments mit einem kräftigen bayerischen Mahl — als Dank für ihre „stille und diskrete Arbeit“. Gemeinhin werden die Dienste die-



Politiker mit Herz: Hermann Höcherl

ser Helfer, die den Abgeordneten von den Drucksachen bis zu Kopfschmerztabletten zur Hand gehen, wie selbstverständlich in Anspruch, und das heißt: kaum zur Kenntnis genommen.

Während Seine Majestät der Wähler der Union Geld in die Kasse schießt, nötigt er die SPD und FDP zur Sparsamkeit. Das liegt an jenem staatlichen „Kopfgeld“ von 3,50 Mark, das die Parteien für jeden Stimmbürger erhalten, der sich am 3. Oktober für sie entschieden hat.

Laut Angaben aus den Parteizentralen kann die CDU im Vergleich zu 1972 mit fast 20 Millionen Mark mehr rechnen.

Die SPD muß sich hingegen mit einem Rückgang um rund vier Millionen und die FDP mit einem Minus von 430 000 Mark abfinden. Daß die Stimm- und Geldgewinne bei der Union so hoch, die Verluste bei den Sozialdemokraten wie den Liberalen dagegen verhältnismäßig glimpflich zu Buche schlagen, erklärt sich daraus, daß die Prämie seit 1972 von 2,50 Mark auf 3,50 Mark erhöht worden ist.

Trotzdem muß die SPD, bisher im Ruf der Wohlhabenheit, haushalten. Denn die Einnahmelücke wird sich um so mehr bemerkbar machen, als die sozialdemokratischen Wahlkampfausgaben höher als erwartet ausfielen. Zum Beispiel war das Plakat „Den Frieden wählen“ gar nicht vorgesehen, das die Partei in letzter Stunde verbreitete. Außerdem hat sich die SPD mit ihrem neuen Bonner Hauptquartier zwar nicht übernommen, aber offenbar hat der Neubau erheblich an dem finanziellen Polster gezehrt, auf dem die Partei bisher ruhte.

Unter diesen Umständen erhält der hochfliegende Plan ihres Schatzmeisters Wilhelm Dröschner, den Mitgliederbestand auf vier Prozent der Bevölkerung zu steigern, besonderes Gewicht. Verglichen mit den heute eingeschriebenen SPD-Anhängern (eine Million) wäre das weit mehr als das Doppelte. Wie es scheint, steckt nicht nur politische, sondern auch finanzielle Not hinter dem selberlassenen Gebot, wieder zur führenden Partei zu werden.

Im Kleinkrieg gegen die Regierung verstößt besonders die CSU fortgesetzt gegen die Geschäftsordnung des Bundestages. Bei ihren Interpellationen für die Fragestunde spricht sie zum Beispiel vom „würdelosen Verhalten“ (der Bonner Vertretung in Ostberlin, die zum DDR-Nationalfeiertag beflaggt gewesen sein soll), von „neuen Unterdrückungsmaßnahmen“ (im Zusammenhang mit der angeblichen Verhaftung eines Ausreisewilligen in der DDR) oder von den „Folgen sozialistischer Mißwirtschaft“ (angesichts von Stützungsaktionen für das britische Pfund).

Die parlamentarische Geschäftsordnung bestimmt jedoch klipp und klar, daß die Fragen „keine Feststellungen oder Wertungen enthalten“ dürfen. So geraten die zuständigen Instanzen des Bundestags immer wieder in eine Zwickmühle. Kommt es zu keiner Verständigung mit dem Fragesteller über die Streichung der unzulässigen Passage oder den Umbau der Frage, muß der Präsident das letzte Wort sprechen.

Die (noch) amtierende Präsidentin, Frau Renger, stammt jedoch aus dem Regierungslager. Läßt sie die Frage durchgehen, toleriert sie einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Lehnt sie die Frage ab, droht ihr scheinheiliges Geschrei über die Behinderung der Oppositionsrechte.

Allem Anschein nach geht die Güterabwägung meistens zugunsten der Opposition aus. Aber dieses Entgegenkommen und die sachlichen Antworten der Regierung bestärken die CSU offenkundig nur in ihren kleinkarierten Manövern. Erst vor kurzem mußte etwa Staatsminister Wischniewski aus dem Auswärtigen Amt eine Frage des CSU-Abgeordneten Riedl beantworten, in der sich der Parlamentarier erkundigte, ob Deutsche in der ČSSR gedrängt würden, ihre Namen tschechisch verfremden zu lassen. Für den Fall, daß dies zutraf, wollte Riedl wissen, was die Regierung gegen „diese menschenrechtswidrige Schikane der Prager Machthaber“ unternommen habe.

Carl-Christian Kaiser



Die Staatschefs der sogenannten Frontstaaten (von links) Kaunda (Sambia), Nyerere (Tansania), Machel (Moçambique) und Neto (Angola), bekräftigten am vorigen Wochenende auf einer Konferenz in Daressalam ihre Unterstützung für die rhodesischen Befreiungs-Kämpfer: „Der einzige Weg heißt Krieg.“

Neue Kämpfe in Angola

Der Bürgerkrieg in Angola ist wieder aufgeflammt. Entgegen den Beteuerungen der Zentralregierung in Luanda sind die unterliegenden Befreiungsbewegungen nicht vernichtet; sie sind heute weit stärker als zu Jahresbeginn.

Seit gut einem Vierteljahr gibt es Nachrichten über vereinzelt Kämpfe in Südatlanta und — in geringerem Maße — an der nördlichen Grenze zu Zaïre. Die Angaben über das Ausmaß der Scharmützel gingen freilich weit auseinander. Während die Anfang des Jahres angeblich besiegten Bewegungen FNLA und UNITA „kriegerische Auseinandersetzungen“ verkündeten, wiegelte die Regierung ab: Es handle sich nur um vereinzelt Terroraktionen.

Für den Norden, das ehemalige Haupteinflussgebiet der FNLA, trifft diese Behauptung offenkundig zu. Der auch von Luanda zugegebene Widerstand in der Bevölkerung beschränkt sich auf heimliche Sabotage und bewußte Verzögerung von Regierungsanordnungen. Im Süden hat sich dagegen die UNITA unter Jonas Savimbi reorganisiert und angeblich zwischen 5000 und 8000 Kämpfer neu bewaffnen können. Savimbi vermindert jetzt peinlichst, die Waffen- und Geld-

quellen seiner Buscharmee zu nennen; der Verdacht, daß Südafrika ihn massiv unterstützt, liegt allerdings nahe.

Wie ernst Luanda diese Kräfte nimmt, beweist die vor etwa zehn Tagen gestartete Großoffensive, an der sich angolanische Regierungstruppen, Kubaner mit schweren Waffen und zum erstenmal auch Kämpfer der SWAPO beteiligten, der Befreiungsbewegung für die Unabhängigkeit Namibias, die eine schwarz-weiße Kooperation im ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika, wie sie die sogenannte Turnhallen-Konferenz von Windhuk (mit halbherziger Billigung Pretorias) plant, rundweg ablehnt. Das Ziel einer Einkesselung und Vernichtung der UNITA-Soldaten wurde nicht erreicht; hingegen scheint die „Operation Abschnürung“ geglückt — die Dreierstreitkräfte haben sich entlang der Grenze Namibia—Angola festgesetzt und einen Nachschubweg für die UNITA unterbrochen.

Hauptopfer dieser Taktik wurde die Zivilbevölkerung. Seit Beginn der Offensive sind 3000 Afrikaner über die Grenze nach Namibia geflohen (rund 8000 seit Jahresbeginn), und die Flüchtlingszahlen wachsen von Tag zu Tag. Nach ihren Berichten wurden sie systematisch ver-

trieben, um eine leichter zu überwachende „leere Zone“ entlang der Grenze zu schaffen. Dazu würde passen, daß nach amerikanischen Berichten die Zahl der Kubaner in Angola nicht abgenommen — wie Fidel Castro versprochen hatte —, sondern zugenommen hat, und dazu passen ebenfalls die vor zwei Wochen abgeschlossenen Verträge zwischen Luanda und Moskau, die wirtschaftlichen Aufbau und gleichzeitig Schutz „gegen“ neokolonialistische Subversion versprechen.

Kämpfe meldet auch Moçambique. Rhodesien bestätigte in der vorigen Woche, daß seine Truppen „recht tief“ in das Gebiet des Nachbarstaates eingedrungen seien und dort während einer mehrtägigen Operation mehrere hundert Guerilleros getötet, sieben Ausbildungslager zerstört und größere Mengen an Waffen und Munition vernichtet hätten. Ziel der rhodesischen Operation war — neben einer Demonstration der Stärke mit Blick auf die Genfer Konferenz — eine Unterbrechung von Zufahrtswegen zur moçambiquanisch-rhodesischen Grenze, um die Guerilla-Armee ZIPA vom Nachschub abzuschneiden.

Horst Bieber

Vertuschte Moskau zwei Katastrophen?

Moskau soll zwei schwere Unglücksfälle vertuscht haben, die 1958 und 1960 Hunderten von Wissenschaftlern und Unbeteiligten das Leben kosteten. Dies berichtete der in London lebende Regimekritiker Schores Medwedjew.

Beide Katastrophen hätten — so Medwedjew — verhindert werden können, wenn nicht die Politik die Wissenschaft gegängelt hätte. Im Raumfahrt-Zentrum Baikonur habe 1960 eine Raketenexplosion fast die gesamte Elite der sowjetischen Raumfahrttechnik vernichtet, nur weil sich Chruschtschow zu seiner Ankunft auf der UN-Vollversammlung in New York einen „Mondschuß“ wünschte. Den Amerikanern sollte wieder einmal die Überlegenheit der sowjetischen Technologie demonstriert werden.

Doch als Chruschtschows Schiff im New Yorker Hafen einlief, wollte die Rakete nicht zünden. Es herrschten strikte Sicherheitsauflagen, vor einer Fehlersuche erst den hochexplosiven Treibstoff abzusaugen. Diese langwierige Prozedur

hätte aber die Rakete ihr politisches Ziel verfehlen lassen.

Marschall Nedelin, der Leiter des Unternehmens, gab deswegen den „unverantwortlichen“ Befehl, sofort nach den Ursachen des Versagens zu forschen. Während Dutzende von Wissenschaftlern und Technikern das Geschoß umschwärmten, zündete plötzlich der Treibsatz. Blockiert von Gerüsten und Kränen, stürzte die Rakete um und explodierte. Niemand in der Umgebung überlebte.

Zwei Jahre zuvor, 1958, sollen radioaktive Reaktorabfälle unweit der Stadt Blagoweschensk — etwa 1000 Kilometer südöstlich von Moskau — „explodiert“ sein und dabei Hunderte getötet und Zehntausende verseucht haben. Laut Medwedjew hätten Atomexperten immer wieder davor gewarnt, den Atommüll nur knapp unter der Erdoberfläche zu verscharen, „aber niemand nahm sie ernst“. Die Zerfallswärme heizte die mit Gas durchsetzten Abfälle so lange auf, bis sie eines Tages „vulkanartig“ explodierten und hochgiftigen Staub Hunderte von Kilometern weit verbreiteten.

Wieder sollte sich der Herrschaftsanspruch der Politik über die Wissenschaft tragisch auswirken. Seit Stalins Zeiten war die klassische Genetik zugunsten der herrschenden Lysenko-Irrlehre (von der Vererbbarkeit angelernter Eigenschaften) als Abweichertum demontiert worden. Also gab es weder Experten noch Kliniken, die Strahlenschäden an der Erbmasse diagnostizieren, geschweige denn behandeln konnten.

Ein Glück im Unglück: Der Schock war so groß, daß — so Medwedjew — die Atomwissenschaftler Chruschtschow zwingen konnten, die klassische Genetik wenigstens in der Humanmedizin wieder zu „legalisieren“.

Sir John Hill, der Vorsitzende der britischen Atomenergiebehörde, meint jedoch, daß Medwedjews Atomexplosions-Enthüllung „Quatsch“ und „reine Science-fiction“ seien: Reaktormüll sei „niedrig-aktiv“ und könne deshalb nie wie eine Atombombe „explodieren“. Der Regimekritiker Medwedjew verbat sich die englische Schützenhilfe für Moskau mit der Replik: „Unsinn.“ Josef Joffe

Namen und Nachrichten

Niederlage für Callaghan

Mit dem Verlust von zwei Sitzen bei drei Nachwahlen hat die britische Labour-Regierung eine schwere Niederlage erlitten. Einer der verlorenen Wahlkreise — Workington — war 58 Jahre lang von Labour im Parlament vertreten worden.

Nur mit Unterstützung kleinerer Parteien wird sich die Regierung Callaghan — bei einer Stimme Mehrheit — in künftigen Abstimmungen behaupten. Trotzdem lehnte der Premier Neuwahlen ab, die die konservative Oppositionsführerin Margret Thatcher gefordert hatte.

Punktsieg für Israel

Auf der Unesco-Generalversammlung in Nairobi gewann Israel eine kritische Etappe auf dem Weg in die Wissenschafts- und Kulturorganisation der UN. Ohne Gegenstimmen wurde eine Entschließung verabschiedet, die alle nicht-europäischen Staaten von der Entscheidung über Israels Mitgliedschaft in der Unesco-Regionalorganisation Europa ausschließt.

Kurz gestreift

Gestorben: Hans-Otto Wesemann, früherer Leiter der Deutschen Welle, im Alter von 73 Jahren und Kurt Wessel, früherer Chefredakteur des „Münchener Merkur“, im Alter von 68 Jahren. Ernannt: Gerd Pfeiffer zum Vizepräsidenten des Bundesgerichtshofes. Angekündigt: der Rücktritt des Vorsitzenden der amerikanischen Demokraten, Robert S. Strauss, für Januar 1977. Begonnen: die niedersächsischen Koalitionsgespräche zwischen CDU und FDP am vergangenen Dienstag. Nominiert: die rheinland-pfälzische Bildungspolitikerin Hannarenate Laurien als neue Mainzer Kultusministerin. Gewählt: der bayerische Kultusminister Hans Maier zum neuen Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Festgelegt: der 15. Dezember als Wahltermin des neuen Bundeskanzlers. Eingetreten: in das vierte Jahr die Truppenabbauverhandlungen zwischen Nato und Warschauer Pakt in Wien.

Syrer vorn

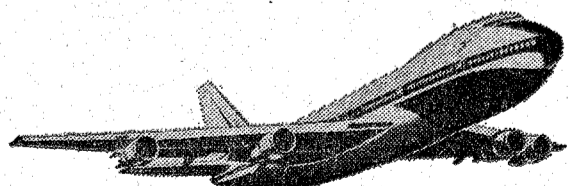
Die Beiruter warten auf die Syrer. Verbände der syrischen Libanon-Armee (Gesamtstärke 30 000 Mann), die der in Kairo beschlossenen „Arabischen Abschreckungsstreitmacht“ angehören, haben Stellungen oberhalb der libanesischen Hauptstadt bezogen.

Ihr Auftrag: die auch nach dem 57. Waffenstillstand einander bekämpfenden Bürgerkriegsparteien zu trennen und damit die erste Bedingung des Kairoer Friedensplans zu erfüllen — Einhaltung der Waffenruhe. Vorläufig sind nur die Syrer dazu in der Lage; auch 20 Tage nach der arabischen Gipfelkonferenz waren die vorgesehenen anderen Verbände aus Saudi-Arabien und den beiden Jemen-Staaten noch nicht im Libanon eingetroffen.

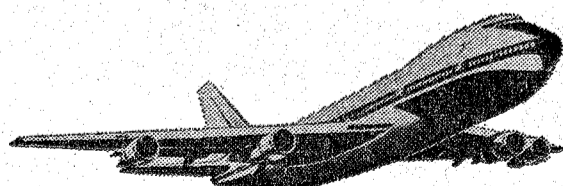
Die Lage verschärft sich wieder: Christliche Milizen, die in den letzten Monaten von Damaskus im Kampf gegen die Links-Verbände unterstützt worden waren, wehren sich gegen eine syrische Besetzung ihrer Stellungen. Auch der beschworene Friedensappell des libanesischen Präsidenten Sarkis, das Blutvergießen endlich zu beenden, richtete nichts aus.

Es liegt an den Syrern, die Anerkennung des Waffenstillstandes zu erzwingen — notfalls mit Waffengewalt. Der Krieg im Libanon ist noch nicht zu Ende. D. St.

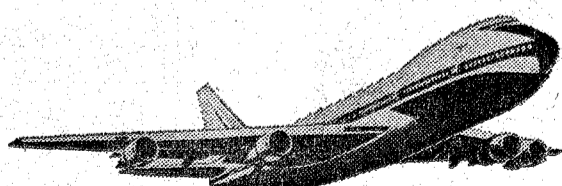
Mit SAA NONSTOP* nach Südafrika.



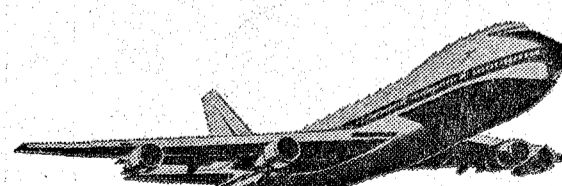
Frankfurt



Zürich



London



Paris

Von den vier wichtigsten Flughäfen Europas.

Ob Sie nun mit einer unserer SAA-Boeings 747 Super B von Frankfurt nach Johannesburg starten (NONSTOP jeden Freitag und Sonntag). Oder ob Sie als Geschäftsmann in London, Zürich, Paris Termine wahrnehmen und dann weiter nach Südafrika fliegen müssen — der exzellente Service der SAA ist Ihnen sicher. Betreut werden Sie in jedem Fall von Stewards und Stewardessen, um deren Sorgfalt man uns beneidet und die Sie mit echter südafrikanischer Herzlichkeit umgeben.

Übrigens tut SAA viel für Ihren guten Appetit; und nicht nur in der First Class. Selbst in der Economy Klasse können Sie zwischen drei verschiedenen Menüs wählen. Und es in den bequemsten Sitzen genießen, die wir finden konnten. Weil wir aber auch an die Bequemlichkeit nach dem Essen denken, haben wir weniger von diesen Sitzen eingebaut. Damit Sie sich besser zurücklehnen können, wenn Sie — um Ihren ganz persönlichen Schlafrythmus nicht zu stören — bequem in Ruheposition gleiten. Platz genug haben Sie.

Auch das ist Service. So wie wir ihn verstehen. — Daß wir diesen Platz auch genutzt haben, um zu Ihrer Bequemlichkeit mehr Waschräume einzubauen, ist kaum erwähnenswert. Oder?

SAA glaubt jedenfalls, alles so vorbereitet zu haben, daß Sie sich wohl fühlen. Auf Ihrem nächsten NONSTOP-Flug nach Südafrika. Mit SAA. Sie werden sich bei uns wie zu Hause fühlen.

*NONSTOP-Fliegen, das ist nicht zu verwechseln mit ONESTOP-Fliegen.

SAA
South African Airways
Where no-one's a stranger